

## **Bildung schafft Chancen und verbindet**

### **– Mehr Chancengerechtigkeit und ganzheitliche Bildung für alle Kinder**

#### **Gliederung**

1. Zusammenfassung
2. Aktuelle Herausforderungen
3. Bildung als christliches Thema
4. Grundlage der CDU-Politik: Das christliche Menschenbild
5. Ziel christdemokratischer Bildungspolitik: „Bildung schafft Chancen und verbindet“
6. Maßnahmen: Ganzheitliche Bildung stärken

#### **Der Landesausschuss der Hamburger CDU hat beschlossen:**

##### **1. Zusammenfassung**

Kinder sind unsere Zukunft. Nur wenn alle Kinder gute Startchancen haben und in einem Klima von Respekt und Wertschätzung aufwachsen, werden wir auch künftig unsere freiheitliche Ordnung und unseren Wohlstand bewahren können. Es geht um beides: um verantwortungsbewusste, leistungs- und glücksfähige Kinder und um eine freiheitliche Gesellschaft mit hohem Lebensstandard. Wir stellen jedoch fest, dass die individuellen Startvoraussetzungen der Kinder zunehmend auseinanderdriften. Dies betrifft sowohl die Lernvoraussetzungen als auch die Wertebasis und die Einhaltung und Achtung eines respektvollen Zusammenlebens. Hier sind die Eltern gefordert, aber auch Kitas und Schulen: Wir plädieren deshalb für eine Stärkung der Einheit Elternhaus-Kita-Schule, die Bildung und Erziehung als Einheit betrachtet und in der Hand in Hand gearbeitet wird.

Ganzheitliche Bildung geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus. Es bedarf eines Kompasses, damit Kinder ihre Potentiale und ihre Persönlichkeit bestmöglich entfalten können. Ganzheitliche Bildung bedeutet die Vermittlung von Werten, sozialen Kompetenzen, Demokratiefähigkeit, Allgemeinbildung und dient gleichermaßen der Berufsvorbereitung wie der sozialen Teilhabe.

Nur mit einer ganzheitlichen Bildung werden junge Menschen friedvoll und glücklich in der zunehmenden Pluralität leben können. Deshalb sind erforderlich:

1. die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern durch Ausweitung von nachhaltigen Unterstützungsangeboten für Familien, z.B. in Form von Beratungsangeboten und frühen Hilfen;
2. die Ausweitung der Erziehungspartnerschaft von Eltern, Kitas und Grundschulen in „Bildungshäusern“: Intensivierung der individuellen Begleitung von Kindern durch Pädagoginnen und Pädagogen über den Unterricht hinaus und in der Erziehungspartnerschaft mit den Eltern; Wahlfreiheit der Eltern für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf für eine Beschulung an einer Sonder- bzw. Förderschule oder einer Regelschule;
3. Verbesserung der Übergänge von Kitas zur Grundschule und von der Grundschule zur weiterführenden Schule;
4. die Verstärkung einer altersgerechten Förderung von Sozialkompetenzen und mehr Vermittlung grundlegender Werte des Zusammenlebens sowie Demokratievermittlung;
5. die Entlastung der Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher von nichtpädagogischen Tätigkeiten, Abbau des Fachkräftemangels im vorschulischen und schulischen Bereich;
6. eine bessere Vernetzung des schulischen mit dem außerschulischen Bereich zur Förderung der sportlichen, künstlerischen, kulturellen und gesellschaftlichen Betätigung von Kindern und Jugendlichen.

## **2. Aktuelle Herausforderungen**

In einer sich rapide verändernden Welt ist Bildung der zentrale Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Dies gilt für den einzelnen Menschen ebenso wie für die Gesellschaft insgesamt.

Unsere heterogene Welt verlangt von allen Schülerinnen und Schülern die Fähigkeit, das Vorhandensein unterschiedlicher, auch den eigenen Einstellungen entgegenstehenden Ansichten zu akzeptieren und verantwortungsvoll mit Differenzen umzugehen. Die dynamischen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse erfordern eine umfassende Anpassung von (schulischen) Bildungsprozessen und neue Handlungsstrategien für deren Weiterentwicklung.

Die Vielfalt und Individualität von Schülerinnen und Schülern erfordern eine Intensivierung der individuellen Begleitung durch Pädagoginnen und Pädagogen über den Unterricht hinaus und in der Erziehungspartnerschaft mit den Eltern. Die Veränderungen der Lebens- und Arbeitswelt (beispielsweise durch Digitalisierung, Globalisierung, Individualisierung) erfordern eine erhebliche Stärkung der Schul- und Unterrichtsentwicklung, um die hochwertige Qualität der Bildungsprozesse sicherzustellen. Nur wenn es uns gelingt, auf die zentralen Herausforderungen der Zeit die richtigen

bildungspolitischen Antworten zu geben, werden wir einerseits Wohlstand und andererseits gesellschaftlichen Zusammenhalt gewährleisten können.

Mittlerweile nehmen in Hamburg mehr als 80 Prozent der Grundschul Kinder die Ganztagsangebote an Schulen und fast die Hälfte die Ferienbetreuung wahr. Damit hat ein enormer gesellschaftlicher Wandel Einzug gehalten. Eine öffentliche Diskussion jedoch fand kaum statt: Wie hat sich die Rolle der Eltern verändert?

Wie ist die Aufgabenteilung zwischen öffentlichem Träger und der Familie? Plakativ gefragt: Haben berufstätige Eltern heute noch Zeit, dem Kind die vielzitierte „Schleife“ beizubringen oder das Kind auf den Schulweg vorzubereiten? Müssen Kita und Schule hier mehr leisten und sind die Einrichtungen finanziell, räumlich (traditionell „Halbtagsräume“) und personell entsprechend ausgestattet?

Wesentliche Handlungserfordernisse begründen sich durch

### **I. eine zunehmend heterogene Schülerschaft:**

- aufgrund der wachsenden sozialen und kulturellen Vielfalt in Deutschland, mit der Folge einer zunehmenden Zahl von Kindern mit einer vielschichtigen kulturellen Wertegrundlage. Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit zu verstehen und konfliktfrei in eine Gemeinschaft zu führen, erfordert oftmals Anstrengungen;
- wegen des anwachsenden Anteils von Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind;
- wegen der steigenden Zahl von Alleinerziehenden sowie
- wegen der zunehmenden Zahl von Familien, die in ihrer sozialen Teilhabe eingeschränkt sind.

Dies führt auch aufgrund unterschiedlicher Unterstützungsmöglichkeiten seitens des Elternhauses zu ungleichen Startbedingungen und abnehmender Chancengerechtigkeit für Kinder: So unterscheiden sich die Kinder nicht nur hinsichtlich ihrer Lernausgangslage, sondern auch im Hinblick auf ihre Lebenswelten, Interessen und Entwicklungsstände. Das Resultat ist ein Kompetenzunterschied von bis zu drei Jahren bei der Einschulung. Besondere Herausforderungen entstehen auch durch die Inklusion, also den gemeinsamen Regelunterricht von nichtbehinderten und behinderten Kindern.

**II. Anforderungen, die sich aus Globalisierung und Digitalisierung ergeben.** Beide eröffnen Chancen und haben Auswirkungen auf alle Lebensbereiche einschließlich des Arbeitsmarktes und damit auch auf den Bildungsbereich und auf erforderliche berufliche Qualifikationen.

**III. das Wissen, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeit sind,** aber oftmals als solche angesehen werden, deren Vorteile gern genutzt werden, Verpflichtungen werden aber zunehmend nicht abgeleitet. Aufgrund der kulturellen und sozialen Diversität sind grundlegende Werte unseres Zusammenlebens, eine positive Haltung der Demokratie und dem Rechtsstaat gegenüber sowie die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme häufig nicht oder unzureichend ausgebildet. Demokratie und Rechtsstaat sind gefährdet, beispielsweise durch Verschwörungstheorien sowie eine feststellbare Zunahme von Radikalisierung und Extremismus.

### **3. Bildung als christliches Thema**

Bildung ist nicht erst seit der Reformation ein christliches Thema. Der Begriff Bildung wurde durch Meister Eckart bereits im 14. Jahrhundert in die deutsche Sprache gebracht. Die Reformation im 16. Jahrhundert sorgte dann für einen gewaltigen Bildungsschub, der unter der Überschrift „Bildung für alle“ zusammengefasst werden kann. Insbesondere Luthers Schrift "An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes: dass sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen" war Grundlage für das spätere, öffentliche Schulwesen in Deutschland.

### **4. Grundlage der CDU-Politik: das christliche Menschenbild**

Grundlage christdemokratischer Politik ist das christliche Menschenbild, das wir in unserem Grundsatzprogramm konkretisiert haben und das im Wesentlichen besagt:

Der Mensch ist von Gott nach seinem Bilde geschaffen und verfügt über eine unantastbare Würde. Die Würde aller Menschen ist gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und politischer Überzeugung, von Behinderung, Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom Urteil anderer. Aus der Würde des Menschen erwächst sein Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und zugleich die Verantwortung gegenüber dem Nächsten. Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung. Das christliche Menschenbild gilt auch für diejenigen, die Würde, Gleichheit und Freiheit des Menschen nicht aus dem christlichen Glauben herleiten.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> siehe <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1>, S. 5f.

Aus dem christlichen Menschenbild erwächst eine grundlegende Haltung, dessen zentrale Merkmale sind:

- die Achtung vor der Würde jedes Einzelnen,
- Freiheit und Verantwortung,
- die Erkenntnis, dass politischer Gestaltung Grenzen gesetzt sind, da wir Irrtum und Schuld unterliegen. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung.

Auf Grundlage des christlichen Menschenbildes streben wir zur Bewältigung von Herausforderungen nach ganzheitlichen, sachgerechten und pragmatischen Lösungen, die dem Ganzen und allen Menschen (und nicht nur einigen oder den meisten) dienen. Unser Verständnis von Sinn, Zweck und Ziel von Bildung sowie der Begriff der Ganzheitlichkeit leiten sich direkt hieraus ab.

### **5. Ziel christdemokratischer Bildungspolitik: „Bildung schafft Chancen und verbindet“**

Bildung ist der wichtigste Beitrag für die Entwicklung des Einzelnen für Chancengerechtigkeit, die Zukunftsfähigkeit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gute Bildung fördert auch das Verständnis für andere Menschen und Entwicklungen und stärkt so den Zusammenhalt. Durch umfassende Bildung muss erreicht werden, dass gesellschaftliche und auch politische Verantwortung und Fähigkeit zu einer solchen Verantwortung, auf der Basis unseres Grundgesetzes gestärkt werden.

Nach christdemokratischem Verständnis sind Eltern und Familie vorrangig, wenn es um die Vermittlung von Werten und Haltung geht. Gleichzeitig stellen wir aber fest, dass aufgrund unterschiedlicher kultureller und sozialer Hintergründe und zunehmender Berufstätigkeit beider Eltern diese oftmals mit grundlegenden Erziehungsaufgaben überfordert sind, so dass Kindergärten und Schulen zunehmend größere Aufgaben bei der Vermittlung von Werten und Haltung zufallen.

Es ist Ziel christdemokratischer Bildungspolitik, allen Kindern gute und gerechte Startchancen einzuräumen. Gleiche Bildungschancen schaffen Teilhabe, fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt, machen Deutschland stark im internationalen Wettbewerb und integrieren Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund. Dabei soll Leistung gefordert und bei Schwächen gefördert werden.

Entsprechend muss den unterschiedlichen Voraussetzungen, mit denen Kinder ihren Bildungsweg starten, Rechnung getragen werden durch

- Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern,

- mehr Miteinander von Eltern sowie Kita und Schule,
- den Abbau unterschiedlicher Bildungsvoraussetzungen, der nicht erst mit der Schule einsetzen darf, sondern bereits in der Kita angestrebt werden soll.

Neben dem Abbau ungleicher Startchancen ist ein weiteres zentrales Merkmal christdemokratischer Bildungspolitik, die grundlegenden Werte, die unser Grundgesetz formuliert, zu vermitteln und eine positive Haltung zum Grundgesetz und zur verfassungsrechtlichen Ordnung Deutschlands, zur parlamentarischen Demokratie und den sie repräsentierenden Organen (Parlamente, Regierungen, Rechtswesen aber auch beispielsweise die Polizei) zu fördern. Eine deutlich vermittelte Wertebasis ist auch im Hinblick auf die Digitalisierung – und hier insbesondere Filterblasen in den sozialen Medien – von herausragender Bedeutung.

Wir brauchen eine Bildungspolitik, die mehr noch als bisher den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt, dabei der vielfältiger werdenden Gesellschaft Rechnung trägt und gleichzeitig zu einer gestärkten Gemeinschaft führt. Vielfalt, unterschiedliche soziale und kulturelle Identitäten sowie Multireligiösität sind Faktoren, die es auf Grundlage des Grundgesetzes zu berücksichtigen gilt. Ziel ist Integration bei Akzeptanz von Verschiedenheit, nicht Assimilation. So ist einerseits die Beherrschung der deutschen Bildungssprache Voraussetzung für beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg, andererseits ist es für die Identität des Kindes und einer gesunden Bindung zu seiner Familie ebenso zwingend erforderlich, dass es seine Muttersprache im Kreis der Familie sprechen kann.

Nur wenn Eltern sich einer Sprache bedienen, in der sie Emotionen erklären und empathisch kommunizieren können, wird auch das Kind diese Kompetenzen ausbilden können.

Mit der Vermittlung von Wissen allein ist es also nicht getan, erforderlich ist eine ganzheitliche Persönlichkeitsbildung, die ebenso Fähigkeiten zum Werten, Urteilen und Handeln einschließt wie auch die Befähigung zu verantwortungsvollem Handeln und bürgerschaftlichem Engagement.

Dabei spielen außerschulische Bildungsträger sowie Sport- und Kulturvereine, Musikschulen und Kirchengemeinden eine wesentliche Rolle beim Erproben individueller Neigungen und dem Erwerb sozialer Kompetenzen.

## **6. Maßnahmen: Ganzheitliche Bildung stärken**

Ganzheitliche Bildung bedeutet, Elternhaus, Kita und Schule, Bildung und Erziehung als Einheit zu betrachten, die Hand in Hand arbeitet. Es geht um die Vermittlung von Werten, sozialen Kompetenzen, Demokratiefähigkeit, Allgemeinbildung und Berufsvorbereitung gleichermaßen.

Wesentliche Punkte für eine ganzheitliche Bildungspolitik sind:

- I. Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern durch Ausweitung von nachhaltigen Unterstützungsangeboten für Familien, z.B. in Form von Beratungsangeboten und frühen Hilfen.
- II. Erziehungspartnerschaft von Eltern mit Kitas und Grundschulen:
  - Intensivierung der individuellen Begleitung von Kindern durch Pädagoginnen und Pädagogen über den Unterricht hinaus und in der Erziehungspartnerschaft mit den Eltern. Die Erziehungspartnerschaft soll im gemeinsamen Interesse des Kindes offen, transparent und auf Augenhöhe erfolgen, wobei die Verantwortung für die Erziehung der Kinder primär bei den Eltern liegt.
  - Wahlfreiheit der Eltern für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf für eine Beschulung an einer Förder- oder einer Regelschule.
  - Die zunehmende Zahl von Kindern mit vielschichtiger kultureller Wertegrundlage erfordert spezifische Anstrengungen, um konfliktfrei gelingende Integration ohne Assimilation (Verlust der eigenen familiären Geschichte) zu fördern.
- III. Erziehungs- und Bildungsauftrag von Kitas und Grundschulen in Bildungshäusern stärken:
  - Früher mit (spielerischer) Förderung in den Kitas beginnen: Hierzu gehören sowohl Bildungsaspekte (*z.B. Abbau von Defiziten in der deutschen Sprache – und das gilt nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund*) genauso wie *Persönlichkeitsentwicklung (Individualität und Sozialkompetenzen) und Freiräume*.
  - Deutsch als Bildungssprache fördern, bei gleichzeitiger Anerkennung von Mehrsprachigkeit.
  - Demokratieerziehung schon in der Kita beginnen durch die Förderung der Anerkennung des Wertes und der Einzigartigkeit des Gegenübers.
  - Optimierte Übergänge von Kita zur Schule und Flexibilisierung der Grundschulzeit (einige brauchen vielleicht nur 3 Jahre, um die Lernziele zu erreichen, andere vielleicht 4 oder 5 Jahre).
  - Kitas und Schulen zu Orten der Vermittlung grundlegender sozialer Kompetenzen machen.
  - Mehr Zusammenarbeit zwischen Schulen und Nachmittagsbetreuung sowie auch außerschulischen Lernorten, Unternehmen, Hochschulen und zivilgesellschaftlichen

Einrichtungen wie Vereinen oder Musikschulen (Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und außerschulischen Kooperationspartnern).

- Digitalisierung bereits in Kita nutzen und mit Medienbildung beginnen.
- Kinder in ihrer Individualität annehmen: Kinder treten in das Bildungswesen mit ihren individuellen Ausgangsbedingungen ein. Die Kenntnis dieser Bedingungen ist Voraussetzung dafür, den jungen Menschen optimal in seiner Bildungsentwicklung zu begleiten. Lernausgangslagen und Lernentwicklungen müssen systematisch und kindgerecht diagnostiziert werden, damit Kinder frühzeitig und passgenau in ihrer Entwicklung unterstützt werden können. Neben einer Ausweitung von kindgerechter Diagnostik gilt es auch, die Zusammenarbeit mit Therapeuten (Logopädie, Ergotherapie, Krankengymnastik etc.) zu intensivieren. Bewertungsfreie Räume im Schulalltag fördern die Vertrauensbasis.
- Individuelle Förderung auch mit Hilfe von digitalen Lehr- und Lernprozessen.

#### IV. Politische Bildung stärken

- Demokratische und menschenrechtliche Werte in den Schulen vermitteln, Ablehnung von Gewalt und Mobbing.
- Historische Ereignisse aufarbeiten und mit gegenwärtigen Entwicklungen in Beziehung setzen.
- Projekte im Bereich Extremismusprävention ausweiten.
- Debattenkultur fördern, u.a. mit dem Ziel, Urteils- und Kritikfähigkeit zu stärken, Dialogfähigkeit zu fördern und zu Verantwortungsübernahme zu ermutigen.
- Partizipationsformen in den Schulen stärken.
- Eigenverantwortung für das lebenslange Lernen fördern.

#### V. Bildungsträger entlasten

Um Bildungsprozesse neuen Aufgaben anzupassen, bedarf es Zeit. Planungen und zusätzliche Aufgaben der Bildungseinrichtungen müssen mit einer Entlastung der pädagogischen Kräfte einhergehen, z.B. im Hinblick auf Verwaltungstätigkeiten (beispielsweise bei Betreuung der Schülerbücherei oder Bestellung und Verwaltung von Lehrbüchern oder IT) sowie mit einem Abbau des Fachkräftemangels im vorschulischen und schulischen Bereich, vor allem durch attraktivere Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnung.



VI. Außerschulische Bildung mitdenken

Die Beiträge von außerschulischen Bildungsträgern für eine ganzheitliche Entwicklung von Kindern müssen auch künftig wertgeschätzt und durch eine bessere Vernetzung des schulischen mit dem außerschulischen Bereich zur Förderung der sportlichen, künstlerischen, kulturellen und gesellschaftlichen Betätigung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden.

**Weiterer Weg:**

CDU-Bürgerschaftsfraktion, CDU Deutschlands